

Rede von
Oberbürgermeister Thomas Kufen
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2027/2028
in der Ratssitzung am 16. September 2026

„Die Kommunen sind der Ernstfall der Demokratie“
Johannes Rau

Sperrfrist:
16.09.2026
Ende der Rede

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau hat einmal gesagt, dass die Kommunen der Ernstfall der Demokratie seien. Und unsere Demokratie ist bedroht – von innen wie von außen. Eine Bedrohung ist übrigens die strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Aufgaben.

Gute Kommunalpolitik bedeutet die Kunst des Möglichen unter Beachtung des Notwendigen. Gute Politik bedeutet also nicht die Erfüllung aller Wünsche, sondern das Setzen von klaren Prioritäten. Auch weil das Mögliche zunehmend schwieriger zu erreichen ist. Denn die kommunalen Haushalte befinden sich in der tiefsten Krise der Nachkriegszeit. Bereits 2025 betrug das Defizit der NRW-Kommunen laut Städtetag Nordrhein-Westfalen rund 9,3 Milliarden Euro.

Für die kommenden fünf Jahre geht der Städtetag davon aus, dass sich die Finanzsituation der Städte und Gemeinden weiter verschlechtern wird. Über die Hälfte der Mitgliedskommunen erwarten, dass sie bereits ab dem kommenden Jahr Haushaltssicherungskonzepte aufstellen müssen.

Ein wesentlicher Grund dafür ist der rasante Anstieg der Sozialausgaben, die sich seit 2009 mehr als verdoppelt haben. Aktuell werden in Essen fast 60 Prozent des Budgets für Soziales aufgewendet. Tendenz weiter steigend! Allein in den vergangenen zehn Jahren (2016 bis 2025) ist für Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe ein Zuwachs von rd. 811,2 Mio. Euro, also ein Plus von mehr als 50 Prozent (50,72 Prozent), zu verzeichnen.

Demgegenüber steht eine unzureichende Einnahmesituation. Kommunale Haushalte sind stark abhängig von konjunkturell schwankenden Einnahmen, beispielsweise der Gewerbesteuer.

Dazu kommen die höchsten Energiepreise aller G20-Staaten, überbordende Bürokratie, Lohnsteigerungen, enorme Steuer- und Abgabenlast sowie Fachkräftemangel. Diese Umstände haben dazu geführt, dass in den letzten sechs Jahren kaum Wirtschaftswachstum erzielt wurde, was nicht ohne Folgen für die kommunalen Haushalte bleibt.

Anrede,

vor diesem Hintergrund legen wir Ihnen heute unseren Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2027 und 2028 zur weiteren Beratung vor. Seit 2017 ist es uns gelungen alljährlich, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und gleichzeitig Liquiditätskredite abzubauen. Doch während wir zwischen 2017 und 2025 fast eine Milliarde Euro (ca. 912 Mio. Euro) an Liquiditätskrediten zurückzahlen konnten, müssen wir künftig wieder von einem deutlichen Anstieg der Liquiditätskredite bis 2031 ausgehen (aktuell: ca. 512 Mio. Euro).

Der jetzt vorlegte Haushaltsplanentwurf ist aber wieder ausgeglichen. Und das ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit in Essen, dem Ruhrgebiet oder in Nordrhein-Westfalen. Das ist vielmehr der Verdienst unserer gemeinsamen Anstrengungen der Vergangenheit, der Gegenwart und ein gewaltiger Kraftakt für die kommenden Jahre. Diese gewaltige Herausforderung wurde nur bedingt erleichtert durch die teilweise Übernahme der Altschulden oder die Erhöhung des GFG-Verbundsatzes auf 23,5 Prozent bei der Gemeindefinanzierung durch das Land Nordrhein-Westfalen.

Um das an dieser Stelle noch einmal aber ganz deutlich zu sagen: die Landesregierung trägt konkret zur Entlastung Essens bei und leitet auch die Bundesmittel für kommunale Altenschulden vollständig an mehr als 200 NRW-Kommunen weiter. Die Bundesregierung bleibt jedoch mit ihren Finanzmitteln von 250 Mio. Euro pro Jahr für die Jahre 2026 bis 2029 bundesweit und 164 Mio. Euro für Nordrhein-Westfalen weit hinter dem zurück, was notwendig wäre.

Der Stadtkämmerer wird das gesamte Zahlenwerk im Anschluss näher erläutern.

Anrede,

ich komme noch einmal zurück auf das Setzen von klaren Prioritäten und Möglichmachen.

Ich spreche die Familien- und Schulpolitik an:

- Die Anzahl der Kita-Plätze konnte seit 2015 um fast 6.000 neue, das heißt zusätzliche, Plätze gesteigert werden (ca. 5.900), so dass wir die gesteckten Ziele nahezu erreicht haben.
- Im neuen Schuljahr 2026/2027 sind noch einmal 75 neue OGS-Gruppen an den Start gegangen. Insgesamt gibt es nun an den Essener Grund- und Förderschulen ca. 650 Gruppen.
- Alle Essener Schülerinnen und Schüler erhalten zum Schuljahresstart ihre iPads. Das war in diesem Jahr durch den „weißen Jahrgang“ (Umstellung von G8 auf G9), eine besondere Herausforderung.

Ich spreche die Seniorenpolitik an:

- Wir haben die Essener Seniorenpolitik komplett umgestellt. Der Seniorenförderplan wurde von Jahr zu Jahr weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang haben wir mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege die Zentren 60+ in allen neun Stadtbezirken aufgebaut und in über 20 Stadtteilen sind schon sogenannte „Senioren-Netzwerke“ entstanden. Vielen Dank an die vielen Aktiven des Seniorenrates.

Ich spreche die Wirtschaftspolitik an:

- In Essen sind ca. 250 Unternehmen aus der Energiewirtschaft angesiedelt, die mittlerweile fast 16.000 Beschäftigte im Bereich der Ressourceneffizienz beschäftigen. Das ist eine Steigerung von 35 Prozent seit 2016. Das mag Ihnen wie ein kleines Beispiel vorkommen. Es handelt sich aber um eine wichtige Zukunftsbranche, die von der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft betreut wird. Eine positive Entwicklung zeigt sich übrigens auch beim Thema Start-ups: Die Zahl der Firmen hat sich seit 2018 verdreifacht (46 auf ca. 170) und auch Zahl der Mitarbeitenden verfünffachte sich in der Zeit (500 auf ca. 2.500).

Ich spreche unsere Feuerwehren und die Hilfsorganisationen an:

- Unsere Rettungs- und Einsatzkräfte sind so leistungsfähig, dass sie beispielsweise mit Generatoren beim Stromausfall in Berlin ausgeholfen haben, bei der Brandbekämpfung in Hürtgenwald eingesetzt waren oder Passagiere der MS Hondius, die sich mit dem Hantavirus infiziert hatten, transportierten.

Ich spreche über unsere Innenstadt:

- Mit dem Integrierten Entwicklungskonzept (IEK) "Zukunft.Essen.Innenstadt" haben wir einen klaren Fahrplan für unsere Innenstadt entwickelt und der Bau der City-Bahn, die neue Zentralbibliothek oder die hohe Dichte von Veranstaltungen in der Innenstadt, lassen keinen Zweifel daran, dass wir die Innenstadt beleben und wieder attraktiver machen wollen.

Diese wenigen Beispiele verdeutlichen: es geht um klare Prioritätensetzung und um aktive Gestaltung.

Und genau dieser Anspruch war auch meine Motivation einen neuen strategischen Prozess zur Stadtentwicklung zu starten. Bei der Stadtklausur im April haben wir gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Stadtgesellschaft darüber gesprochen, wo Essen heute steht, welche Chancen wir nutzen wollen und welche Entwicklungsperspektiven wir für unsere Stadt sehen. Mit „Essen. Mach.“ ist daraus eine gemeinsame Zielmarke entstanden: Verantwortung übernehmen, Chancen nutzen, Kräfte zusammenbringen und vor allem noch stärker ins Machen kommen.

Diese Überlegungen haben wir im Mai in der Klausur des Verwaltungsvorstandes in Erfurt weiter konkretisiert. Dort ging es vor allem um die Frage, wie wir aus strategischen Zielen konkrete Umsetzung machen: durch klare Prioritäten, eine stärkere Bündelung unserer Ressourcen und eine Zusammenarbeit, die Geschäftsbereichsgrenzen überwindet. Mit der Erfurter Erklärung und dem strategischen Imperativ „Nordwärts – gemeinsam für Essen.“ haben wir dafür einen gemeinsamen Orientierungsrahmen vorgelegt.

Ein wesentlicher Baustein sind die zu bestimmenden Schlüsselräume in unserer Stadt. Im weiteren Prozess sollen jetzt bis zu 15 strategisch besonders bedeutsame Schlüsselräume identifiziert und weiterentwickelt werden. Dazu gehören natürlich die Innenstadt, ESSEN 51., der Campus und das Umfeld der Universität Duisburg-Essen sowie der Essener Norden mit Zollverein und Freiheit Emscher. Für jeden dieser Räume wollen wir konkret herausarbeiten: Wo wollen wir hin? Welche Projekte laufen bereits? Wo besteht weiterer Handlungsbedarf? Wo brauchen wir eine neue Dynamik? Und welche Schlüsselprojekte können die größte Wirkung für den jeweiligen Raum und für unsere Stadt als Ganzes entfalten?

Parallel dazu beziehen wir sehr bewusst weitere Perspektiven von außen ein. Gemeinsam führen wir den Dialog mit wichtigen Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtgesellschaft und bringen diese Perspektiven mit den Überlegungen der Verwaltung und der Politik zusammen.

Am 2. Oktober gehen wir den nächsten Schritt. Im Stadtforum wollen wir die bisherigen Ergebnisse zusammenführen, die Schlüsselräume weiter konkretisieren und gemeinsam beraten, wo wir Prioritäten setzen. Dabei geht es auch darum, kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen abzuleiten. Unser Ziel ist klar: Wir wollen unsere Kräfte und Ressourcen dort bündeln, wo sie für Essen die größte Wirkung entfalten – und für die kommenden fünf Jahre konkrete und sichtbare Umsetzungsschritte vereinbaren. Essen macht!

Anrede,

Kommunen sind auch deshalb der Ernstfall der Demokratie, weil sie eine Politik der konkreten Lösungen sein muss. Die Bürgerinnen und Bürger können nämlich sehr genau sehen und unmittelbar spüren, welche Folgen politische Entscheidungen haben.

Das verlangt ganz oft Pragmatismus. Und manchmal verlangt es auch unbequeme Entscheidungen. Denn gute Politik ist nicht automatisch die, die jedem alles verspricht oder finanzielle Probleme durch Schuldenpolitik auf die nächste Generation verschiebt.

Vielmehr geht es darum, ehrlich festzustellen, was notwendig und aktuell sinnvoll ist, weil wir uns nicht alles leisten können. Diese Ehrlichkeit kostet viel Kraft, sie schafft aber auch Vertrauen und Verlässlichkeit.

Denn gerade Vertrauen in Politik und staatliche Institutionen bzw. die öffentliche Verwaltung sind das „A“ und „O“ eines funktionierenden demokratischen Gemeinwesens.

Wenn wir über das Vertrauen in den Staat und die Demokratie im Land sprechen, ist es einfach nach Düsseldorf, Berlin oder Brüssel zu zeigen. Aber so wie Demokratie bei uns beginnt, tut es im besonderen Maße die Kommunalpolitik – sie beginnt vor Ort.

Anrede,

ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem Haushaltentwurf, den wir Ihnen heute einbringen, unsere Stadt lebenswerter, sozialer, resilienter und auch stärker machen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle wieder einige Beispiele herausgreifen, um zu verdeutlichen, wie wir mit der aktuellen Situation umgehen, andererseits aber auch unserer Verantwortung gerecht werden, eine lebenswerte Stadt, eine handlungsfähige Stadtverwaltung und ein demokratisches Gemeinwesen mit intakter Infrastruktur und guten Schul-, Sport-, und Kulturangeboten aufrecht zu erhalten.

Beginnen möchte ich bei der Verwaltung.

Anrede,

ja, auch die Stadtverwaltung spart und es werden in den nächsten Jahren weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt als in den Jahren zuvor.

Natürlich haben wir dabei die Funktionsfähigkeit der Verwaltung im Blick. Das gilt ausdrücklich für die eigene, bedarfsgerechte Ausbildung und Personalgewinnung, um das altersbedingte Ausscheiden von rund 2.500 Mitarbeitenden bis 2035 zu kompensieren.

Eine besonders hohe Altersfluktuation erwarten wir ab dem Jahr 2030, wobei bezogen auf den Personalbestand, maßgeblich der technische sowie der gewerblich-technische Dienst betroffen sein wird. Daher haben wir uns als Verwaltung bereits auf den Weg gemacht und geeignete Maßnahmen (u. a. Fachkräftekampagnen) entwickelt. Zudem ist es ESSENziell auch die Bindung der Mitarbeitenden im Blick zu behalten, um die Stadtverwaltung Essen auch weiterhin als attraktive Arbeitgeberin zu präsentieren.

Nicht zuletzt kommt auch der Digitalisierung in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu:

So stehen den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Services digital zur Verfügung. Sie erleichtern die Kommunikation mit der Verwaltung. Dazu zählen Online-Anträge, digitale Meldungen, Effizienzpotenziale und moderne Bezahlungsmöglichkeiten.

Allein im zweiten Quartal 2026 wurden ca. 20 neue Digitalisierungsvorhaben abgeschlossen, im dritten Quartal kommen weitere neun Vorhaben hinzu. Gleichzeitig befinden sich derzeit ca. 70 neue Online-Dienste in Bearbeitung, verteilt über nahezu alle Fachbereiche der Stadtverwaltung.

Beispielhaft sei auf die jüngst eingeführte Genehmigungsfiktion im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren verwiesen. Sobald die Bauvorlagen vollständig sind und alle erforderlichen Stellungnahmen vorliegen, muss grundsätzlich innerhalb von sechs Wochen über den Bauantrag entschieden werden. Erfolgt innerhalb dieser Frist keine Entscheidung, gilt die Baugenehmigung kraft Gesetzes als erteilt.

Auch der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) wird weiter ausgebaut. KI wird aber nicht um ihrer selbst willen eingesetzt, sondern dort, wo sie unsere Mitarbeitenden entlastet, Prozesse verbessert und den Service für die Bürgerinnen und Bürger spürbar stärkt. KI unterstützt bereits heute den Bürgerservice, kommt bei der Analyse der Trinkwasserqualität, bei der Erfassung von Trockenheit bei Bäumen, bei der Bewertung des Straßenzustands oder in der Verkehrssteuerung zum Einsatz. Gleichzeitig werden wiederkehrende Verwaltungsabläufe automatisiert – beispielsweise bei Aktenanforderungen in der Ausländerbehörde, bei Elternbeiträgen oder Immobilienverträgen.

Digitalisierung braucht aber nicht nur gute Ideen, sondern auch die Möglichkeit, neue Ideen schnell und verantwortungsvoll zu erproben. Deshalb schaffen wir für den kommenden Doppelhaushalt ein eigenes Innovationsbudget Digitalisierung. Für die Jahre 2027 und 2028 stehen hierfür jeweils 650.000 Euro zur Verfügung. Dabei geht es nicht darum, neue Strukturen zu schaffen. Das Budget dient als befristete Startfinanzierung für neue Vorhaben, für die bislang keine regulären Mittel vorhanden sind, die aber eine belastbare Aussicht auf eine konkrete Digitalisierungsrendite bieten. Finanziert werden können insbesondere Forschung, Entwicklung und die erstmalige Inbetriebnahme neuer Lösungen.

Unser Anspruch ist es, Prozesse neu aufzustellen und die Digitalisierung dort einzusetzen, wo sie einen echten Mehrwert schafft. Das gilt nach außen für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch nach innen.

Gerade mit Blick auf den demografischen Wandel und den zunehmenden Fachkräftemangel liegt darin eine große Chance. Wenn künftig weniger Fachkräfte zur Verfügung stehen, müssen wir vorhandene Ressourcen gezielter einsetzen und steigende Aufgaben ohne zusätzlichen Personalaufwuchs bewältigen.

Dass wir als Stadt bei der Digitalisierung sehr gut vorankommen, zeigt auch der aktuelle Bitkom-Index. Mit 83,8 Punkten erzielt Essen im Gesamtranking den höchsten Wert seit Beginn der Erhebung. Im Bereich Verwaltung erreicht Essen 2026 mit 93,2 Punkten ebenfalls einen neuen Höchstwert. Im Ranking der 83 deutschen Großstädte liegt Essen auf Platz 11. Zum Vergleich: 2019 lag Essen noch auf Rang 52.

Besonders stark ist Essen bei den digitalen Verwaltungsangeboten: Bei Payment, Online-Terminvergabe, Bevölkerungsanliegen und Serviceportal erreicht die Stadt jeweils die volle Punktzahl. Auch bei den OZG-Leistungen (Verwaltungsleistungen, die nach dem Onlinezugangsgesetz digital angeboten werden sollen) konnte Essen weiter zulegen und erreicht erstmals 100 von 100 Punkten. Damit bietet die Stadt alle 18 im Index bewerteten Verwaltungsleistungen online an. Ein Ergebnis, auf das wir stolz sein können, das uns aber zugleich Ansporn für die Zukunft ist.

Anrede,

wirtschaftlich steht der Standort Essen trotz der allgemeinen Lage recht stabil da. So ist der Arbeitsmarkt zwar angespannt und die Arbeitslosigkeit mit rund 11 Prozent aus meiner Sicht zu hoch (11,2 %), aber die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SVB) ist mit rund 275.000 Arbeitsplätzen der zweithöchst gemessene Wert für Essen (aktueller Stand Dezember 2025) und liegt über dem Vorjahreswert aus Dezember 2024.

Wir profilieren uns weiter als Wissenschaftsstandort. Beim Forschungs- und Innovationscampus Thurmfeld, wo im März 2026 der Grundstein für den Forschungsbau Active Sites gelegt wurde, entstehen Räume mit einem Investitionsvolumen von ca. 70 Mio. Euro für 125 wissenschaftliche Mitarbeitende, die voraussichtlich ab Sommer 2028 ihre Arbeit aufnehmen werden.

Und mit dem Investitionsprogramm „Energie- und Wärmewende“ mit einem Volumen von fast 110 Mio. Euro bis 2031 (2027/2028: jeweils 20 Mio. Euro) zeigen wir, dass es uns mit der kommunalen Wärmeplanung ernst ist. Unsere kommunale Wärmeplanung ist die strategische Grundlage für den lokalen Klimaschutz.

Neben der Reduzierung der Gewerbesteuer, die in 2026 erstmals gesenkt wurde und in den kommenden Jahren abgesenkt wird, haben wir mit der Verbesserung der internen Strukturen die Basis geschaffen, Genehmigungsprozesse zu beschleunigen und um Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürgern von Bürokratie zu entlasten.

Anrede,

wir investieren weiter in die Zukunft unserer Stadt. Der Schulbau bildet hier wie in den Vorjahren einen wesentlichen Schwerpunkt. In den beiden kommenden Jahren wollen wir mehr als 430 Mio. Euro in die Hand nehmen, um Schulen, Sporthallen und deren Ausstattung zu verbessern.

Hier sind die Neubauten an der Gesamtschule Bockmühle, am Gymnasium Nord-Ost und der Gesamtschule Altenessen-Süd die größten Maßnahmen. Bis 2031 investieren wir mit 145 Mio. Euro, 107 Mio. Euro und 54 Mio. Euro allein an diesen drei Standorten viel Geld für die Bildungsstruktur im Essener Norden.

Zudem sind in diesem Jahr auch schon einige größere Schulbauprojekte fertiggestellt. Seit Beginn des neuen Schuljahres ist die neue Tiegelschule in Betrieb, ebenso wie die Gesamtschule im Park, die in zwei Jahren in die dann neugebaute Gesamtschule Altenessen-Süd einziehen wird. Hinzu kommen Neubauten an der Meisenburgschule, am Gymnasium Überrauch sowie am Abzweig Gymnasium Werden.

Bis zum Herbst werden zusätzlich noch Neubauten an der Alfred-Krupp-Schule, dem Abzweig Carl-Humann-Gymnasium und dem Gymnasium an der Wolfskuhle in Betrieb gehen. Auch die Neu- und Erweiterungsbauten an der Käthe-Kollwitz-Schule, der Fischlaker Schule und der Realschule im Bezirk Zollverein können ebenfalls eröffnet werden.

Anrede,

auch bei der Verkehrsinfrastruktur sind wir aktiv, wie man an der Vielzahl der Baustellen sehen kann. Bis 2031 investiert die Stadt fast 250 Mio. Euro und mehr als 100 Mio. in den kommenden zwei Jahren (2027: 52,8, Mio. Euro, 2028: 56,3 Mio. Euro). Speziell für die Radinfrastruktur sind es bis 2031 mehr als 20 Mio. Euro (2027: 5 Mio. Euro, 2028: 5,7 Mio. Euro).

Anrede,

neben guter Infrastruktur, einer erfolgreichen Wirtschaft und einer effizienten Verwaltung ist die Sicherheit ein weiterer elementarer Baustein guter Kommunalpolitik. Denn wer sich sicher fühlt, bewegt sich freier, engagiert sich eher und identifiziert sich mit seiner Stadt.

Daher ist Sicherheit im öffentlichen Raum keine abstrakte Größe oder nur die Abwesenheit von Kriminalität. Sie entscheidet ganz konkret darüber, wie Menschen ihre Stadt erleben.

Wenn Bürgerinnen und Bürger anfangen, bestimmte Orte zu meiden, ist das ein Warnsignal. Nicht unbedingt, weil dort regelmäßig Straftaten passieren, sondern weil sich das subjektive Sicherheitsgefühl signifikant verändert hat.

Wir erleben oft eine Gemengelage aus verschiedenen Nutzungskonflikten wie etwa an Bahnhöfen, in bestimmten Straßen oder Plätzen mit Vermüllung, Vandalismus und sozialer Not. Hinzu kommt zunehmende Respektlosigkeit und offene Gewalt gegenüber Einsatz- und Ordnungskräften.

Daher ganz deutlich: Wer für unsere Sicherheit einsteht, unsere Fahrtickets kontrolliert oder um unsere Gesundheit kämpft, der verdient von Politik und Gesellschaft nicht nur Respekt, sondern auch, dass man ihm im Alltag den Rücken stärkt.

An dieser Stelle geht deshalb mein Dank ganz besonders an die Polizei und die Rettungskräfte, die keine einfache Aufgabe zu erfüllen haben. Mein Dank richtet sich aber auch an Kontrolleurinnen und Kontrolleure, Ärztinnen und Ärzte, Pfleger und Pflegerinnen in den Senioreneinrichtungen, Kliniken und den ambulanten Pflegediensten, an Lehrerinnen und

Lehrer oder Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, tausenden von ehrenamtlich Tätigen in Verbänden, in Initiativen, in den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, und auch an jene Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die unsere Gesetze und Regeln jeden Tag vorleben und durchsetzen!

Anrede,

aus diesem Grund machen wir trotz aller haushalterischen Restriktionen bei der Sicherheit keine Abstriche. Wir stärken den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) weiter. Von zwölf Stellen im Jahr 2015 konnten wir den KOD mittlerweile auf rund 82 Einsatzkräfte in 2026 aufstocken. Bis 2030 soll der KOD auf ca. 100 Einsatzkräfte anwachsen.

Aber wir wachsen nicht nur personell, sondern gehen unter Nutzung moderner Technik auch neue Themen an. So beschäftigen wir uns aktuell mit der Radarüberwachung öffentlicher Flächen. Für Spielplätze, Schulhöfe, Sportanlagen und Friedhöfe wurden erste Pilotstandorte identifiziert. Die Ziele sind, Störungen frühzeitig zu erkennen, durch die Präsenz der Technik eine abschreckende Wirkung zu erzielen und insgesamt eine effektivere Einsatzsteuerung zu ermöglichen.

Auch das Thema Videoüberwachung steht auf unserer Agenda. Die Videoüberwachung des öffentlichen Raums ist Kommunen in NRW bekanntlich rechtlich nicht möglich. Wir beobachten daher aktuell aufmerksam die Entwicklungen und Erfahrungen anderer Städte, insbesondere bei der Überwachung von Depotcontainerstandorten und sogenannten Müllhotspots. Die dort gewonnenen Erkenntnisse werden anschließend die Grundlage dafür bilden, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen ein solcher Ansatz auch für Essen sinnvoll und möglich sein könnte.

Aber Sicherheit bedeutet nicht nur Repression, sondern immer auch Prävention.

In Zeiten russischer Aggression und hybrider Angriffe aus Moskau auf kritische Infrastruktur oder, wie in Berlin im Januar dieses Jahres durch Linksextremisten, müssen wir leider auch wieder stärker über Zivilschutz nachdenken.

Effektiver Schutz der Bürgerinnen und Bürger hat nicht nur mit militärischer Abschreckung zu tun, sondern ebenso mit Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz.

Gerade im Katastrophenschutz haben wir große Fortschritte gemacht. Es werden die Kapazitäten geschaffen, um kurzfristig wenigstens 5.900 Menschen in Notunterkünften unterzubringen. Dabei haben wir die Beschaffung von Unterbringungs- und Versorgungsutensilien zur Erfüllung der Verpflichtungen im Katastrophenschutz mit über 5,3 Mio. Euro unterlegt.

Anrede,

Prävention beginnt oftmals auch im Quartier, wo man sich noch kennt. Die so genannten Quartiershausmeisterinnen und -hausmeister sind bereits in sechs Stadtbezirken tätig und haben dort ein offenes Auge und Ohr für die Belange der Bürgerinnen und Bürger. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zu sauberen, sicheren und lebenswerten Quartieren und übernehmen wichtige Scharnierfunktionen zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern. Daher wollen wir das Projekt ab 2027 weiter finanziell und personell ausbauen.

Präventiv wollen wir auch weiter im Innenstadtbereich vorgehen, wenn es um den Drogenkonsum in der Öffentlichkeit geht. Es geht nicht nur um Aufenthaltsqualität oder irgendein Stadtbild, es geht auch um die Betroffenen selbst. Der Suchthilfe Essen gGmbH (SDE) kommt hierbei eine besondere Aufgabe zu. So lange es keine anderen Möglichkeiten gibt, werden wir die Flächen an der Hoffnungsstraße dazu nutzen, um hier einen Ort für die Betroffenen zu schaffen und gleichzeitig Teile der Innenstadt zu entlasten.

Mit den Essener Wohlfahrtsverbänden sind wir seit vielen Jahren in einem konstruktiven und partnerschaftlichen Dialog. Trotz unserer schwierigen Haushaltslage haben die Verantwortlichen in den Verbänden großes Vertrauen darin, dass wir die Kostensteigerungen für die von uns finanzierten wichtigen Leistungen für Bürgerinnen und Bürger, die Unterstützung, Hilfe und Beratung benötigen, bewältigen können. Im vorliegenden Haushalt konnten wir den aus unserer Sicht plausiblen Kostensteigerungen der Sozialverbände entsprechen. Mehr geht einfach nicht.

Gleichwohl steigen auch bei uns in Essen – wie in allen Städten unseres Landes – die Kosten für pflichtige Leistungen, u. a. in der Pflege, für die Gesundheitsleistungen, in der Eingliederungshilfe und den Hilfen zur Erziehung.

Um dem entgegenzuwirken, brauchen wir wirksame Reformen zur Entlastung der kommunalen Haushalte.

Anrede,

eine besondere Aufmerksamkeit gilt der Verhinderung von Leistungsmissbrauch. In den vergangenen Monaten haben verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung zusätzliche Ansätze entwickelt, um bestehende Kontrollmöglichkeiten besser zu nutzen und die Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung zu verbessern. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere die Möglichkeiten eines „Zentralen Datendrehkreuzes“ sowie eines „Gemeinsamen Außendienstes“.

Die Verwaltung wird noch in diesem Jahr dazu detaillierte Organisations- und Umsetzungskonzepte vorzulegen. Unser Ziel ist klar: Leistungen sollen dort ankommen, wo sie tatsächlich benötigt werden – und Missbrauch muss konsequent verhindert werden.

Anrede,

in einer Zeit der Unsicherheit ist es umso wichtiger, Orte und Möglichkeiten zu haben, in denen Lebensqualität, Identität und gesellschaftlicher Zusammenhalt erhalten bleiben und gestärkt werden.

Sport und Kultur sind wichtige Bestandteile der kommunalen Daseinsvorsorge und zugleich ein Zukunftsfaktor für Essen. Auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen sollen die dafür notwendigen Rahmenbedingungen gesichert, Strukturen weiterentwickelt und Sport und Kultur zukunftsfest aufgestellt werden.

Im Kulturbereich schaffen wir mit der institutionellen Förderung eine verlässliche Grundlage für die Arbeit der freien Kulturszene in unserer Stadt. Denn die freie Szene ist ein unverzichtbarer und prägender Bestandteil der Essener Kulturlandschaft.

Sie steht für künstlerische Vielfalt, eröffnet neue Perspektiven und erreicht Menschen und Zielgruppen, die auf vielfältige Weise zum kulturellen Leben unserer Stadt beitragen.

Deshalb ist es wichtig, die freie Szene nicht nur punktuell, sondern strukturell und nachhaltig zu unterstützen. Dafür sind im Haushalt 3 Mio. Euro für 2027 und 3,1 Mio. Euro für 2028 vorgesehen. Ab 2027 sollen die geförderten Institutionen zudem mehrjährige Verträge (i. d. R. für fünf Jahre) erhalten. Damit ermöglichen wir es den Kulturschaffenden langfristig zu planen, künstlerische Entwicklungen voranzutreiben und Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Diese Investition stärkt nicht nur die freie Kulturszene selbst, sondern den Kulturstandort Essen insgesamt. Eine vielfältige und lebendige Kulturlandschaft macht unsere Stadt attraktiv, schafft Begegnungsräume und leistet einen wichtigen Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und gelebter Demokratie.

Daneben werden wir die Theater und Philharmonie GmbH (TuP) zukunftsfähig aufstellen. Denn so ehrlich müssen wir sein: Die Stadt kann sich einen immer schneller wachsenden millionenfachen Verlustausgleich bei der TuP nicht dauerhaft leisten (2027 und 2028 64,6 Mio. Euro bzw. 65,1 Mio. Euro, im Jahr 2026 waren es 60,7 Mio. Euro).

Gerade weil Kultur für unsere Stadt so wichtig ist, müssen die kulturellen Einrichtungen auch finanziell auf einer tragfähigen Grundlage stehen. Das von dem Beratungsunternehmen actori GmbH erarbeitete und von uns im Rat beschlossene Maßnahmenkonzept zur Kostenreduzierung bzw. Ertragssteigerung, zur Restrukturierung und zur kulturellen sowie künstlerischen Ausrichtung der TuP zählt genau auf dieses Ziel ein.

Dass Kultur eine Investition in die Zukunft der Stadt, in die Lebensqualität und die Standortentwicklung ist, kann man beispielhaft auch an der neuen Zentralbibliothek oder der Bewerbung als UNESCO Creative City of Design feststellen. Mit der Bibliothek, die am 24. Oktober eröffnet wird, erfolgt ein wichtiger, neuer Impuls für die Innenstadt. Und mit der Bewerbung als UNESCO Creative City of Design für 2027 geht es darum, Essen als Standort für Design, Kreativität und Innovation weiterzuentwickeln. Die Bewerbungsschrift ist bereits eingereicht und die Titelentscheidung wird für Herbst 2027 erwartet.

Anrede,

auch der Sport schafft Identifikation und Zusammengehörigkeitsgefühl. Die Stadt Essen versteht sich als Sportstadt und will diesem Anspruch, egal ob im Breitensport oder im Spitzensport, auch in Zukunft gerecht werden. Daher unterstützen wir zum Beispiel die Bewerbung Nordrhein-Westfalens für olympische und paralympische Spiele an Rhein und Ruhr.

Mit einem Investitionszuschuss von fast 50 Mio. Euro im kommenden Jahr und 36 Mio. Euro im Jahr 2028 setzen wir ein klares Signal für die Modernisierung der Sportanlagen. Schwerpunkte unserer Investitionen sind beispielsweise die Generalsanierung des Freibads Oststadt (bis 2031 ca. 22 Mio. Euro) oder der Neubau des Stadtbads Borbeck (2027: 10,3 Mio. Euro). Auch das Grugabad wird für ca. 10 Mio. Euro saniert werden.

Zu weiteren Maßnahmen gehören ebenfalls der Bau einer neuen Multifunktionshalle und einer neuen Eissporthalle in Altendorf, wie auch der Ausbau des Stadions an der Hafenstraße für über 25 Mio. Euro (2027: 18 Mio. Euro, 2028: 7,8 Mio. Euro) sowie der Bau der Tribüne am Baldeneysee.

Anrede,

lassen Sie mich an dieser Stelle noch das Wahlergebnis von vor 10 Tagen aufgreifen. Denn es ist feststellbar, dass Populisten und Extremisten auch in Essen die Sorgen und Ängste der Bevölkerung für ihre Zwecke und zur Spaltung der Gesellschaft nutzen wollen.

Fest steht, der Wahlerfolg der AfD in Sachsen-Anhalt war auch ein Ventil für eine große Unzufriedenheit und einen erheblichen Vertrauensverlust, den viele Menschen gegenüber der „Politik“ empfinden. Das dürfen wir weder kleinreden noch ignorieren.

Wenn 57 Prozent der Wählerinnen und Wähler nicht den Parteien der demokratischen Mitte ihre Stimmen geben, ist das eine Erschütterung unsers Parteiensystems. Besonders alarmierend ist die reale Möglichkeit, dass ein Rechtsradikaler Ministerpräsident werden könnte. Die Glückwünsche für die AfD aus Moskau und aus Teilen des politischen Washingtons zeigen zudem, welche Kräfte sich über dieses Ergebnis freuen.

Wenn wir über Reformen oder Transformation sprechen, klingt das oft sehr technisch. Es geht um neue Technologien, Investitionen, Klimaschutz oder Digitalisierung.

Aber für die Menschen geht es um etwas viel Konkreteres: um ihren Arbeitsplatz, um Sicherheit und um die Frage, ob es für sie und ihre Familie auch morgen noch eine gute Perspektive gibt. Das wissen wir im Ruhrgebiet aus eigener Erfahrung.

Deshalb sollten wir auch genau hinschauen, wenn wir über die Erfahrungen in Ostdeutschland nach 1989 sprechen. Die Geschichte ist eine andere und lässt sich nicht eins zu eins mit dem Ruhrgebiet vergleichen. Aber es gibt eine gemeinsame Erfahrung: Wenn innerhalb kurzer Zeit vieles verschwindet, was Menschen Sicherheit und Orientierung gegeben hat, dann macht das etwas mit einer Gesellschaft.

Wir stehen erneut vor großen Veränderungen. Unsere Industrie muss klimafreundlicher werden. Digitalisierung und künstliche Intelligenz verändern Arbeitsplätze. Energie wird zu einer entscheidenden Standortfrage.

Wir haben im Ruhrgebiet gezeigt, dass Wandel funktionieren kann. Zollverein ist dafür ein Sinnbild. Früher arbeiteten dort tausende Menschen in der Kohleförderung. Heute ist Zollverein UNESCO-Welterbe und ein Ort für Kultur, Wirtschaft, Bildung und Tourismus. Und trotzdem haben wir unsere Geschichte dort nicht weggeräumt. Im Gegenteil: sie gehört zur Zukunft dieses Ortes. Das ist für mich ein wichtiger Punkt: Menschen müssen ihre Vergangenheit nicht schlechtreden, um offen für Neues zu sein.

Jetzt ist die demokratische Mitte gefordert. Die entscheidende Frage lautet: Warum erreichen wir viele Menschen mit unserer Politik nicht mehr ausreichend? Reformen sind notwendig, aber deren Erfolg muss auch im Alltag der Menschen erkennbar werden. Politik braucht deshalb beides: Entschiedenheit und Empathie. Klarheit in der Sache und Nähe zu den Menschen.

Wir brauchen eine starke Wirtschaft und einen starken Staat, der funktioniert. Gleichzeitig müssen wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und den Menschen wieder Zuversicht geben. Deutschland ist ein großartiges Land mit einer stabilen Verfassung und einer wehrhaften Demokratie.

Für mich als Oberbürgermeister ist klar: Unsere Antwort muss eine eigenständige Politik der Mitte sein, die Probleme löst, Vertrauen zurückgewinnt und unser Land entschlossen voranbringt.

Die Kommunen sind der Ernstfall der Demokratie und die angespannte Haushaltslage erleichtert uns die Arbeit nicht. Vielmehr ist abzusehen, dass die Herausforderungen weiter wachsen werden. Umso wichtiger ist es, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen, welche Aufgaben Priorität haben und was wir uns noch leisten können.

Das wird nicht einfach werden. Zum einen nicht, weil sich die Menschen an viele Dinge gewöhnt haben, von denen sie sich nicht verabschieden wollen. Zum anderen nicht, weil Populisten und Extremisten behaupten werden, alles sei weiterhin möglich oder man könne die Zeit irgendwie zurückdrehen.

Sie werden in den kommenden Wochen und Monaten über den Ihnen nun vorliegenden Haushaltsentwurf diskutieren. Mein Wunsch ist, dass Sie sich dabei nicht vom Wünschbaren, sondern vom Möglichen leiten lassen. Ich bin sicher, dass wir dann am Ende eine Basis haben werden, mit der wir in Essen die Zukunft weiter gestalten können.

Anrede,

für die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfs für die Jahre 2027/2028 bedanke ich mich bei der Kämmerei – allen voran beim Stadtkämmerer und der Leiterin der Kämmerei.

Ausdrücklich möchte ich mich ebenfalls bei „meiner“ Verwaltung bedanken. Erst durch Ihre geleistete Arbeit sind Planung und Umsetzung dieses Haushaltes möglich.

Stellvertretend möchte ich an dieser Stelle besonders den Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes danken: Annabelle Brandes, Gerhard Grabenkamp, Christan Kromberg, Muchtar Al Ghusain, Stadtdirektor Peter Renzel, Simone Raskob und Dr. Agu Ecevit. Vergessen will ich auch nicht die Mitglieder des Personalrates, mit denen wir vertrauensvoll zusammenarbeiten. Danken will ich auch Ihnen als Mitglieder des Rates für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit in schwierigen Zeiten. Das hat dazu beigetragen, dass wir bisher gut durch alle Stürme gekommen sind.

Ich wünsche Ihnen und uns eine gute Beratung – Glück auf!